

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Bundestagswahl 2013

Wählen gehen am 22. September 2013



Meine Stimme für: Beschäftigte gehen wählen

Seite 9

Dr. Uellenberg-van Dawen: Es ist höchste Zeit für Gerechtigkeit

Seite 12



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, ihr hattet eine erholsame und genüssliche Sommerzeit.

„Ihr oder Sie?“ - das war unsere Frage in der letzten MUMM. Etliche Leserinnen und Leser haben geantwortet und sich mehrheitlich und sehr entschieden für das Beibehalten des „ihr“ ausgesprochen. Wir von der Redaktion finden das gut. Das „Sie“ erscheint uns so unpersönlich und distanziert. Uns gefällt das „ihr“ als Ausdruck von Verbundenheit und Zugewandtheit.

Lob gab es für die Doppelseite der letzten MUMM unter dem Motto „Ohne die geht's nicht.“ Auch in dieser MUMM kommen wieder Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu Wort. Sie beschreiben unter dem Motto „Meine Stimme für ...“, was sie von der Politik der nächsten Bundesregierung erwarten.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße
Doris Hülsmeier

Inhalt

Bezahlung nach Gutsherrenart! 3

Mein erster Warnstreik..... 4

Wie schön. Wir dürfen bleiben! 5

Der neue APR beim AFZ..... 5

Ehemals BAGIS jetzt Jobcenter 6

PEP wird 20 - MUMM gratuliert nicht..... 7

Gutes Klima? In unserem Haus - ja bitte! 8

Meine Stimme für: Beschäftigte gehen wählen 10

Es ist höchste Zeit für Gerechtigkeit 12

ver.di: Für ein gerechtes Bremen 13

Vertreterpool jetzt! 14

„Manipulative Meinungen?“ 14

Neues Finanzamt Bremen 15

dbb: Steuergerechtigkeit durchsetzbar? 15

Immer Theater im Bremer Theater 16

Was macht eigentlich ...? 17

Armut ist weiblich..... 18

Tschüß Bernd!..... 18

Hallo Ivonne! 18

Urlaub kommt nicht von allein..... 19

Zu guter Letzt 20

MUMM

(15.08.2013)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Saskia Coenraats
Elke Kosmal-Vöge
Hajo Kuckero
Kai Mües
Burckhard Radtke
Brigitte Schüller
Burkhard Winsemann
Nicoletta Witt

Kontakt:

Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Fotos: Wenn nicht anders angegeben: MUMM-Redaktion

Druck:

Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint voraussichtlich im Dezember 2013
Redaktionsschluss ist der 1. November 2013

Bezahlung nach Gutsherrenart!

Wieder Einkommenseinbußen bei der Besoldung

Es ist dem Senat und der Bürgerschaft nicht gelungen, Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Dies haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vielen Aktionen deutlich gemacht. Da protestierten Pensionärinnen und Pensionäre, aktive Beamtinnen und Beamte aller Status- und Laufbahngruppen, unterstützt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie haben ein deutliches Signal für die Interessen aller Beschäftigten nach fairer und gerechter Bezahlung gesetzt. Gleichzeitig haben sie sich gegen die Spaltung von Beschäftigten positioniert.

Keine Übertragung des Tarifergebnisses

Doch das große Engagement und die vielen Gespräche und Aktionen konnten es nicht verhindern: Durch den Gesetzesbeschluss der Bremischen Bürgerschaft haben alle bremischen Beamtinnen und Beamten wie auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger wieder einmal erhebliche finanzielle Einbußen. Beispielhafte Berechnungen der Gewerkschaften zeigen, dass Beamtinnen und Beamte allein bis Juli 2013 bei den Besoldungsgruppen A7 405 Euro, A9 460 Euro, A11 597 Euro, A13 760 Euro und A15 869 Euro (verh., 2 Kinder, Stufe 6, brutto, gerundet) verlieren.

Die gewerkschaftliche Forderung nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung mit der angespannten Haushalts-situation abzulehnen, kann nach den vielen Streichungen der letzten Jahre nicht mehr akzeptiert werden. Wie groß die Betroffenheit ist, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktionen sehr deutlich gemacht. Die Verbundenheit zum Arbeitsplatz und zum Aufgabenfeld droht für viele Beamtinnen und Beamten verloren zu gehen. Zusätzlich entsteht mehr Druck durch fortgesetzte Personalkürzungen und durch den Aufgabenzuwachs. Eine zufriedenstellende Arbeit für Bür-

gerinnen und Bürger, aber auch eine eigene Arbeitszufriedenheit ist immer schwerer erreichbar.

Ihr tretet uns mit Füßen!

Einige der politisch Verantwortlichen haben durch die teilweise unakzeptablen Äußerungen für sehr viel Frust bei allen Beschäftigten gesorgt und die Situation zusätzlich ver-



schärft. Durch die politische Beschlussfassung trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken ist viel Vertrauen verloren gegangen. Die Verunsicherung über die weitere Entwicklung der Einkommen und der Arbeitssituation ist groß.

Gerichtlicher Streit

Da hilft die Bereitschaft der Senatorin für Finanzen zu einer Musterklagevereinbarung nur

begrenzt. Dass die faire Bezahlung von Beamtinnen und Beamten sowie angemessene Pensionszahlungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gerichtlich erstritten werden müssen, ist kein guter Weg.

Sie ermöglicht den betroffenen Beamtinnen und Beamten eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Das war ihnen bisher leider verwehrt. Wir hoffen, dass die politisch Verantwortlichen in Bremen ihren Worten in den Bürgerschaftsreden Taten folgen lassen und wieder in ernsthafte Gespräche mit den Gewerkschaften über echte Beteiligungsformen der Beamtinnen und Beamten zur Ausgestaltung ihrer Beschäftigungsbedingungen eintreten. Dies könnte auch ein Weg sein, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.



Burkhard Radtke
stellv. Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und
Vorsitzender
ver.di-Bezirksbeamtenuausschuss



Am 16. Mai 2013 haben rund 2.000 Beschäftigte zur ersten Lesung des Gesetzes zur Besoldungsanpassung unter dem Motto „Ihr tretet uns mit Füßen“ lautstark und unvermissverständlich vor der Bremischen Bürgerschaft ihre ablehnende Haltung deutlich gemacht

Mein erster Warnstreik

Forderungen: Mehr Lohn, mehr Urlaub und Übernahme nach Ausbildung

Ich war schon aufgeregt, wie mein erster Streik so sein wird. Bis jetzt habe ich Streiks nur im Fernsehen gesehen. Jetzt war ich live dabei. Aber ein wenig mulmig war mir auch, denn nicht alle Demonstrationen laufen immer friedlich ab.

Ich war sehr überrascht darüber, welche Wirkung so viele Menschen auf die Umwelt haben können. Ganze Straßen wurden mehrere Minuten lahmgelegt. Alle Blicke waren auf uns, die Streikenden, gerichtet. Wir bekamen große Aufmerksamkeit. Überall war die Polizei, die für die Sicherheit sorgte.

Der erste Stopp des Streikzuges war bei der Senatorin für Finanzen. Dort wurde laut verkündet, wie unzufrieden alle ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes mit der jetzigen Situation sind. Doch von der Senatorin für Finanzen gab es keinen Kommentar.

Durch Gebrüll, laute Pfiffe und laute Musik haben wir unseren Unmut kundgetan. Leider wurde an diesem Tag mit dem Streik nichts erreicht.

Darum ging es auf nach Hannover.

Hannover, 05.03.2013

Mein zweiter Warnstreik der Tarif- und Besoldungsrunde der Länder. Die Forderungen blieben gleich: Mehr Lohn, mehr Urlaub und eine Übernahme nach der Ausbildung. Doch diesmal waren aus ganz Norddeutschland Streikende da. Mit Bussen wurden wir nach Hannover gebracht.

Alle Busse sammelten sich auf dem großen Schützenplatz vor dem Stadion in Hannover. Nachdem ich aus meinem Bus ausgestiegen bin, musste ich mich erst einmal zurechtfinden unter den ganzen Streikenden. Die meisten waren auffällig durch Warnwesten gekleidet. Sie waren mit Fahnen ausgestattet oder mit Plakaten, welche die Forderungen mit Hilfe von Bildern oder Sätzen genau auf den Punkt brachten.

Nun machten sich Tausende von Streikenden auf den Weg

zum Finanzministerium in Hannover. Dort fand die Kundgebung statt. Es war mindestens doppelt so laut wie bei der Kundgebung in Bremen. Ich fand das ganze Umfeld dort viel mitreißender. Die Reden waren eindrucksvoller, auch weil der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sprach.

Nach der Kundgebung ging es dann zurück zu den Bussen und wieder ab nach Hause. Rückblickend war ich froh, an beiden Streiks teilgenommen zu haben und dass ich mich selber für meine Forderungen eingesetzt habe.

Am 8. und 9. März 2013 fanden dann die Tarifverhandlungen statt. Das Tarifiergebnis für die Auszubildenden: 27 Tage Urlaub, ab dem 1. Januar 2013 50 € monatlich und ab dem 1. Januar 2014 2,95 % mehr Lohn und eine für ein Jahr befristete Übernahme nach Beendigung der Ausbildung.

Die Warnstreiks haben sich gelohnt!

Mandy Paulawitz
Auszubildende Kauffrau für
Bürokommunikation



Mandy Paulawitz (mit ver.di-Fahne) will mit ihrem ersten Warnstreik ihren Forderungen nach mehr Auszubildendengehalt und Übernahme Nachdruck verleihen



Lautstark und präsent machten die Bremer Auszubildenden während der Tarifverhandlungen 2013 auf ihre Forderungen aufmerksam

Wie schön. Wir dürfen bleiben!

Unbefristete Arbeitsverträge für JunggärtnerInnen

Die Gärtnerinnen und Gärtner, die ihre Ausbildung 2012 beim Umweltbetrieb Bremen abgeschlossen haben, bekommen nun doch unbefristete Arbeitsverträge. Lange Zeit sah es so aus, als ob sie den Weg in die Arbeitslosigkeit gehen sollen.

Durch den unermüdlichen

Einsatz des Personalrats und der ver.di-Betriebsgruppe wurde einer Übernahme zugestimmt. Der Personalrat betonte immer wieder, wie wichtig die Kolleginnen und Kollegen für den Umweltbetrieb sind. Bei vielen Aktionen wurde Druck gemacht. Die Betroffenen haben sich Schilder umgehängt, auf denen

stand: „Wir sollen gehen“. Mit der Unterstützung vieler ihrer Kolleginnen und Kollegen ging es dann zur Betriebsausschusssitzung. Dort wurde den Politikern klar gemacht, wer sie sind und dass sie bleiben wollen und sollen.

Der Einsatz hat sich gelohnt. Die JunggärtnerInnen können

jetzt bleiben. Das ist auch gut so, denn sie werden im Umweltbetrieb dringendst benötigt.

Durch vehementen Druck des Personalrats erhalten die Auszubildenden, die 2013 ihre Ausbildung abschließen, zumindest einen befristeten Jahresvertrag. Der Personalrat kämpft weiter für eine unbefristete Übernahme. Er strebt dafür den Abschluss einer Dienstvereinbarung mit der Geschäftsführung an.



Die Junggärtnerinnen und Junggärtner demonstrieren vor den Türen der Betriebsausschusssitzung Umweltbetrieb Bremen für unbefristete Arbeitsverträge



Kai Mües

Foto: Personalrat Umweltbetrieb

Der neue APR beim AFZ

9 Auszubildende engagieren sich für alle



Am 3. Juni 2013 wurde der Ausbildungspersonalrat für die Auszubildenden beim Aus- und Fortbildungszentrum (APR AFZ) neu gewählt: Hülya Sentürk, Janosch Heine, Mandy Paulawitz, Kyra Behrje, Fabian Eicken, Nadine Hörnschemeyer, Annika Schumacher, Nina von Zoest und Monika von Czapski (v.l.n.r.). Zur Vorsitzenden ist Monika von Czapski gewählt worden.

Sprechzeiten sind jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.00 bis 16.00 Uhr unter der Telefonnummer 0421 361 5169.

E-Mail-Kontakt

aprbbig@afz.bremen.de



Ehemals BAGS - seit 2011 Jobcenter

Kürzungspolitik belastet alle

Im Jobcenter Bremen arbeiten Beschäftigte des Amtes für Soziale Dienste und der Bundesagentur für Arbeit seit vielen Jahren zusammen. Verteilt auf sechs Häuser bearbeiten ca. 930 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Anträge von über 47.000 Menschen bzw. 39.500

werden. Die Interessenvertretungen der Herkunftsbereiche bleiben für die arbeitsvertrags- oder statusrechtlichen Grundbedingungen verantwortlich. Daher findet Mitbestimmung zum Arbeitsplatz beim Personalrat Jobcenter statt. Die Mitbestimmung zur Aufstockung von Stunden findet statt beim Personalrat in den Herkunftsdienststellen.

Die Situation im Jobcenter Bremen ist nach wie vor durch einen viel zu hohen Anteil an befristet Beschäftigten, einer hohen Fluktuation sowie durch eine dauerhafte Überlastung und Stress gekennzeichnet. Trotz der vielen Bemühungen ist es nicht gelungen, eine angemessene Arbeitsbelastung für alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zu erreichen.

Übergriffe Raum. Diese Entwicklung ist sehr besorgniserregend.

Verbesserungen müssen her

Für eine Verbesserung dieser Situation ist es dringend erforderlich, die Kürzungspolitik zu beenden. Mehr Personal, mehr Zeit für den Einzelfall, weniger Überlastung, weniger Stress und verbesserte Angebote helfen, die belastenden Bedingungen im Interesse aller



Quelle: Trendtableau Bockler impuls 17/2012

Haushalten und Familien. Für die hilfebedürftigen Menschen bieten die Kolleginnen und Kollegen Leistungen zur Sicherung ihrer Existenz und unterstützen sie bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und bei einem selbstbestimmten Leben.

Gleiche Arbeit - unterschiedliche Bezahlung

Ein besonderes Merkmal des Jobcenters ist, dass in den Häusern, teilweise sogar im selben Büro, Beschäftigte arbeiten, die je nach ihrer arbeits- oder beamtenrechtlichen „Herkunft“ entsprechend dem TV-L oder dem TVöD bzw. dem Beamtenrecht des Bundes oder des Landes Bremen beschäftigt sind. Diese Situation führt unter anderem zu erheblichen Unterschieden bei der Bezahlung für ein und dieselbe Tätigkeit.

Endlich eine gemeinsame Interessenvertretung

Durch die Reform des SGB II war es erstmals 2011 im Jobcenter möglich, einen gemeinsamen Personalrat zu wählen. Hierdurch können die gemeinsamen Probleme und Interessen zielgerichteter vertreten

Fehlende Perspektive für Hilfesuchende

Die Kürzungen bei der Anzahl und dem Umfang von echten Qualifizierungsmaßnahmen und die stark zurückgegangene politische Orientierung auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geben den Hilfesuchenden immer weniger Perspektiven. Stattdessen werden



Quelle: Trendtableau Bockler impuls 9/2013



Quelle: Trendtableau Bockler impuls 7/2013

zu entspannen und zu deeskalieren. Die Überführung der vielen befristet Beschäftigten im Jobcenter in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ist eine weitere wichtige Maßnahme zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen.



Burckhard Radtke

Leistungsberechtigte in prekäre Beschäftigung (z. B. Zeitarbeit) oder Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs verschoben.

Der aus dieser Situation entstehende Frust und die Wut von Hilfesuchenden verschafft sich durch eine wachsende Zahl der

PEP wird 20 - MUMM gratuliert nicht

Haushaltsentwürfe für 2014/15 gehen in die Bürgerschaft

Zufall oder nicht? - Am 25. September, also 3 Tage nach der Bundestagswahl soll die Bremische Bürgerschaft die Haushalte für 2014 und 2015 in erster Lesung beraten. Im Wahlkampf hätten die wegen der darin vorgesehenen weiteren Kürzungen zu erwartenden (und auch angekündigten) Proteste natürlich gestört.

Gründe für Proteste gibt es genug: So ist das Gesetz zur Nicht-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Besoldung zwar in einem eigenständigen Verfahren beschlossen worden. Inhaltlich ist es allerdings sehr weitgehend aus dem viel zu engen Korsett abgeleitet, dass der Senat dem Personalhaushalt geschnürt hat. Geringfügige Ausgabensteigerungen gibt es demnach bei der Versorgung, weil die Zahl der VersorgungsempfängerInnen noch ansteigt. Die Dienstbezüge der aktiven Beschäftigten sollen dagegen in etwa konstant bleiben. Finanzplanerisch wird dies erreicht durch die Kombination von geradezu provokativ niedrigen Annahmen über die Einkommensentwicklung (0,9 % mehr 2013 sowie jeweils 1,5 % 2014 und 2015) mit der Fortschreibung der PEP-Quote von durchschnittlich 1,5 %.

Kein Grund zum Gratulieren

Die PEP-Quote, die den jährlichen Personalabbau vorgibt, wird 20. Ein Grund zum Gratulieren wäre nur, wenn PEP endlich in den Ruhestand geschickt würde. Der Senat jedoch hält eisern daran fest, ohne allerdings ganz überzeugt davon zu wirken. In einer ganzen Reihe von Aufgabenbereichen sind die pauschalen Personalkürzungen mit den gewünschten Dienstleistungen nicht mehr in Einklang zu bringen. Hier will der Senat vom Haushaltsgesetzgeber „zusätzliches“ Stellenvolumen bewilligt haben. Das gilt beispielsweise für die berühmte „Schippe drauf“ im Bildungsbereich, die freilich nur von der anderen Seite des Haufens per

PEP weggeschaufelt wurde. Auch Stadtamt, Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Finanzämter kommen mit unterschiedlichen Begründungen etwas glimpflicher davon.

Erfreulich daran ist, dass der Senat sich im Einzelfall neuen Einsichten nicht verschließt. Nach wie vor kommt aus der Politik aber keine ernsthafte Initiative, die Personalausstattung grundsätzlich nach Umfang und Qualität der von den einzelnen Dienststellen und Betrieben erwarteten Dienstleistungen zu bemessen. Denn die Konsequenz daraus wäre, dass die Politik dann mit dem Personal auch ausdrücklich Dienstleistungen abbauen müsste.

Festhalten an Schuldenbremse

Eine andere Konsequenz könnte natürlich sein, endlich die Schuldenbremse in Frage zu stellen. Schulden kann man nur durch ausreichende Steuereinnahmen wirkungsvoll bremsen. Beschränkt man sich darauf, die Ausgaben zu kürzen, ist die Nulllinie bei der Kreditaufnahme nicht zu erreichen. Laut Finanzplanung wird es schon 2017 nur noch knapp möglich sein, das strukturelle Defizit unter der dann zulässigen Grenze von gut 300 Mio. Euro zu halten. Dabei profitiert Bremen von historisch niedrigen Zinsen.

„Klatsche“ vom Stabilitätsrat?

Eine wesentliche Rolle spielt in den Debatten über die Haushalte und besonders über die Nicht-Übernahme des Tarifergebnisses auf die BeamtenInnen der Stabilitätsrat. Dieses Gremium wurde im Rahmen der Föderalismusreform geschaffen, um die Haushaltsentwicklung der Länder zu beobachten. Dort, so heißt es, habe Bremen sich eine „Klatsche“ abgeholt. Im Herbst werde „zu entscheiden sein, ob der Stabilitätsrat das Land nach § 5 Absatz 3 StabiRatG zu einer Verstärkung seines Konsolidierungskurses auffordern muss“,

heißt es im Beschluss des Stabilitätsrates.

Der Charakter dieser „Klatsche“ ist allerdings zweifelhaft. Aus Berliner Kreisen heißt es, im Stabilitätsrat sei es zuletzt recht langweilig zugegangen, und niemand habe mehr Lust, zu dessen Sitzungen zu gehen. Es scheint demnach nicht so zu sein, dass dort intensiv um die Bewertung des Bremer Sanierungsberichts gerungen wurde. Bislang unbestätigten Gerüchten zufolge soll die Finanzsenatorin mit dem Beschluss recht zufrieden gewesen sein, da er ihr politische Rückendeckung für eine härtere Gangart in Bremen verschafft.

Härtere Gangart in Bremen

Diese härtere Gangart betrifft weite Teile der bremischen Haushalte, die Personalausgaben ebenso wie die konsumtiven. Bei den konsumtiven Ausgaben bleiben die Sozialleistungen mit gut einem Drittel ein bedeutender Posten, der sich einer Steuerung durch Bremen weitgehend entzieht. Ein weiteres Drittel machen die sogenannten Vorabdotierungen aus. Das sind zu großen Teilen Personalkostenerstattungen an Bremerhaven sowie an bremische Eigenbetriebe und Sonderhaushalte. Diese werden nach den gleichen Grundsätzen bemessen wie die Personalausgaben im Kernhaushalt.

Die Luft wird dünner

Für die Beschäftigten heißt das noch mehr Arbeit. Weitere Konflikte bei den kommenden Tarif- und Besoldungsrunden sind absehbar.



Burkhard Winsemann

Was ist PEP?

PEP ist die Abkürzung für Personalentwicklungsprogramm und bestimmt den Personalabbau im bremischen öffentlichen Dienst. Seit 1993 werden durch das PEP Personalabbauquoten vorgegeben. Das bedeutet, dass die Personalzahlen jährlich um einen vorgegebenen Prozentsatz verringert werden. Die entsprechenden Beschlüsse hierfür fasst die Bremische Bürgerschaft.



Gutes Klima? In unserem Haus - ja bitte!

Betriebsklima fällt nicht vom Himmel

Gutes Betriebsklima? „Schön wär's“, werden viele sagen. Andere haben sich diese Frage vielleicht noch gar nicht gestellt. Betroffen sind wir aber alle vom Betriebsklima, egal ob gut, schlecht oder so lala.

Aber: Wovon hängt es ab? Und: Was habe ich damit zu tun?

Das Betriebsklima hat nicht nur für das Wohlbefinden und die Motivation der Beschäftigten eine starke Bedeutung. Auch der Arbeitgeber ist davon betroffen. Gutes Klima wirkt sich auf den Arbeitserfolg aus - genauso wie schlechtes.

Was ist überhaupt Betriebsklima?

Das Betriebsklima ist das Erleben einer Art allgemeiner Stimmung am Arbeitsplatz. Es entsteht durch das gesamte Verhalten der Beschäftigten in einem Arbeitsbereich. So kann das Betriebsklima als gespannt oder gelöst, als freundlich oder feindselig empfunden werden.

Das Betriebsklima wird oftmals wie eine Art Wetterlage aufgefasst. Von **sonnig** (harmonisches Miteinander) bis **gewittrig** (Mobbing) ist alles drin.

Menschen beeinflussen sich gegenseitig, so dass auch das Betriebsklima eine wechselseitige Beziehung darstellt. Das Betriebsklima kann daher nie von einem Einzelnen allein abhängig sein. Es hängt sehr stark vom Miteinander der Kolleginnen und Kollegen ab und spielt eine vermittelnde Rolle im Arbeitsalltag. Gutes Klima kann über Schwierigkeiten hinweghelfen. Schlechtes Klima kann Probleme verschärfen.

Wie kann gutes Betriebsklima entstehen?

Betriebsklima fällt nicht zufällig vom Himmel. Betriebsklima entsteht aus dem Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen der Beschäftigten und den objektiven Arbeitsbedingungen. Die gemeinsam geteilten Meinungen, Gefühle und Stimmungen über die Arbeit und die Dienststelle bzw. den

Betrieb verdichten sich zu einer innerbetrieblichen Atmosphäre.

Gutes Betriebsklima entsteht am ehesten dort, wo die Beschäftigten sich ernst genommen fühlen. Wo sie die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu formulieren und einzubringen. Wo nicht nur Rahmenbedingungen, sondern auch Inhalte und Strukturen der Arbeit von ihnen mit beeinflusst werden können.

Der Weg zu einem guten Betriebsklima muss gemeinsam erarbeitet werden. Es reicht nicht aus, nur die Verhaltensweisen der Vorgesetzten zu verändern oder nur auf die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen abzielen.

Geht gutes Betriebsklima Führungskräfte an?

Führungskräfte haben eine Bedeutung für das Betriebsklima in der Belegschaft. Deshalb brauchen sie gute soziale Kompetenzen, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „gesundheitsgerecht“ führen und motivieren zu können.

Die Beschäftigten brauchen Perspektiven und Aufstiegschancen - und das Gefühl, mit ihren Kolleginnen und Kollegen und den Vorgesetzten auch bei Schwierigkeiten sprechen zu können. Führungskräfte sollten regelmäßig Rückmeldungen (Feedback) geben, nicht nur dann, wenn etwas schief gelaufen ist.

Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, dass sich die Beschäftigten nicht langweilen, aber auch nicht permanent überfordert fühlen. Sie sollten einen Sinn in ihrer Tätigkeit sehen und sich nicht fremdbestimmt fühlen.

Ein respektvoller Umgang gepaart mit Offenheit, Ehrlichkeit und Kommunikation fördert das Miteinander in der Dienststelle bzw. im Betrieb.

Was geht mich das an?

Das Betriebsklima hat großen Einfluss auf Motivation und Arbeitsfreude aller Beschäf-



tigten und wirkt sich oft direkt auf die Gesundheit aus. Daher sollte es im Interesse aller liegen, in die Verbesserung des Betriebsklimas zu „investieren“. Gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung im Alltag sind ein erster, wichtiger Schritt.

Für mich kann ich sagen: Mich geht gutes Betriebsklima viel an. Ich kann bei „gutem Klima“ besser und gesünder arbeiten!

Gutes Betriebsklima hält gesund!

Studien belegen: In Bereichen mit schlechtem Klima sind die Beschäftigten häufiger krank und weniger motiviert als in Bereichen mit gutem Betriebsklima.

Deshalb ist es wichtig, durch betriebliche Prävention unter Einbeziehung der Interessenvertretungen, aktiv für ein positives Betriebsklima zu sorgen.

Wir bleiben am Ball.



Irene Purschke

Meine Stimme für:

Wahlfieber vor der Bundestagswahl? Grund genug gäbe es dafür. Wählen stellt Weichen für viele wichtige Themen - auch für den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten!

MUMM hat elf Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes gefragt. Unter dem Motto „Meine Stimme für ...“ hat jede und jeder von ihnen eine wichtige Forderung zur Bundestagswahl 2013 beschrieben.



© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Gerechtigkeit ist wählbar - Wählen gehen am 22. September 2013

Das Allensbach Institut hat ermittelt, dass 70 % der Deutschen eine Gerechtigkeitslücke sehen.

Kein Wunder.

Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellte fest, dass zwischen 1999 und 2009 das Jahreseinkommen „oben“, beim reichsten Zehntel der Bevölkerung, um 16,6 % wuchs, während „unten“, beim ärmsten Zehntel, fast 9,6 % verloren gingen.

Die Steuergeschenke für die Superreichen führten aber auch dazu, dass der Staat keine ausreichenden Einnahmen mehr für notwendige Ausgaben hat. Das

führt zu hoher Staatsverschuldung, zu Personalabbau im öffentlichen Dienst ohne Ende, zu ausgequetschten Beschäftigten und auch das: zu andauernden Einkommenseinbußen bei der Besoldung. Das gilt gerade für Bremen.

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbreiten sich immer mehr. Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa. Mit Niedriglöhnen nimmt die Erwerbsarmut zu und mit ihr die Altersarmut. Gar nicht zu reden von der Rentenfrage.

Die kommende Bundesregierung ist umfassend und dringend gefordert für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Gerechtigkeit ist wählbar. Eine Übersicht über die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2013, die der DGB zusammengestellt hat, findet ihr unter



<http://www.gpr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen57.c.14662.de>



Doris Hülsmeier

Meine Stimme für:



Fred Hoppe-Kiaup, Dozent bei der Lehrereinheit für Informationstechnologie des AFZ: Die aufgedeckten weltweiten Datenaufzeichnungen und die zahlreichen Bespitzelungsskandale in deutschen Betrieben und Verwaltungen zeigen, wie wenig unsere von der Verfassung garantierten Persönlichkeitsrechte tatsächlich geschützt sind. Eine Politik, die immer wieder den Forderungen der Arbeitgeber-Lobby nachgibt, den Datenschutz aufzuweichen und Ausnahmen zuzulassen, muss beendet werden. Von der neuen Bundesregierung erwarte ich, dass endlich ein wirkungsvoller Beschäftigtendatenschutz gesetzlich verankert wird.



Petra Badenhop, Beamtin bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen: Es ist zu sehr großen Unterschieden bei der Besoldung und Versorgung in den Bundesländern gekommen. Je nach finanzieller Situation des Bundeslandes wird gezahlt. Durch die Übertragung der Zuständigkeiten für das Beamtenrecht auf die Länder ist es in den letzten Jahren zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen gekommen. Das darf so nicht weiter gehen.



Horst Seele-Liebetanz, EuropaPunktBremen: Wir brauchen PolitikerInnen, die sich für Chancengleichheit und Solidarität in Europa einsetzen und dabei die Sorgen und Nöte der Menschen aufgreifen und ernst nehmen. Besonders die Lage der Jugend in Europa liegt mir am Herzen. Junge Menschen müssen auskömmlich arbeiten und leben können. Die EU braucht viel stärkere soziale Komponenten. Dafür kann man nur sorgen, wenn man die richtigen PolitikerInnen ins Rennen schickt!



Rolf Rohde, Leiter der Elektrowerkstatt bei der Universität Bremen: Die ausreichende Finanzierung eines guten Gemeinwesens muss gerecht zwischen starken und schwachen Schultern verteilt werden. Durch Umfairteilen können notwendige Spielräume für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft und die öffentliche Hand geschaffen werden.



Stefanie Beinker, Steuerbeamtin beim Finanzamt Bremen: Steuergerechtigkeit gibt es nur durch bessere und genauere Prüfung. Dafür wird aber mehr Personal benötigt, ansonsten werden aus den „grünen Wochen“ grüne Monate und Jahrzehnte (und dafür habe ich doch nicht 3 Jahre gelernt, oder?).

Meine Stimme für:



Janina Lange, Industriemeisterin Metall bei Werkstatt Bremen: Heute ernähren viele Frauen ihre Familien. Es ist an der Zeit, finanzielle Gleichheit in der Entgeltfrage zu erreichen. Auch verdienen sie die gleiche Anerkennung.



Gerhard Radtke, Schulhausmeister: Von meiner Rente möchte ich auch im Alter ein lebenswertes Leben leben. Ich möchte nicht jeden Cent dreimal umdrehen müssen und mir auch mal einen Urlaub erlauben können. Eben einfach genug Rente haben, um mich auf meinen Ruhestand zu freuen.



Dorothea Klose, Lehrerin: Nur mit einem sicheren Arbeitsplatz ist eine verlässliche Familien- und Zukunftsplanung möglich. Existenzängste ziehen Kräfte ab, die am Arbeitsplatz und im Privatleben sinnvoller eingesetzt werden könnten.



Christiane Treis, Bürgerservice im Stadamt: Es ist mir wichtig, dass unsere Dienstleistungen auch in Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger angemessen und mit qualifiziertem Personal angeboten werden. Auch müssen alle Beschäftigten gleichermaßen an Einkommenserhöhungen beteiligt werden. Dazu bedarf es einer ausreichenden Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen.



Joël Ramon, Straßenwärter: Ich möchte noch gesund etwas von meiner Rente haben. Rente mit 67 ist kaum erreichbar - gerade, wenn man wie ich körperlich arbeitet.



Hauke Nehring, Verwaltungsbeamter, Senatskanzlei: Von seinem Einkommen muss man leben können. Aber immer mehr Menschen arbeiten zu Dumpinglöhnen. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist daher unentbehrlich.

Es ist höchste Zeit für Gerechtigkeit

Dr. Uellenberg-van Dawen zur Bundestagswahl 2013

Die Wahl scheint gelaufen zu sein. Wenn nicht noch ein ganz dummer Fehler passiert, dann wird die amtierende Bundeskanzlerin auch die künftige sein - so denken viele. Abge-hakt ist die Wahl aber noch lange nicht. Zwar glauben immer noch viele Menschen, Angela Merkel wählen zu müssen, um sicher vor der

die Akteure auf den Finanz- und Kapitalmärkten, und denen, auf deren Kosten diese Krise gelöst werden soll: In erster Linie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Familien und alle, die auf Bildung, gute soziale Einrichtungen, eine gute Infrastruktur und soziale Sicherheit angewiesen sind. Sie wollen ein



Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Bereichsleiter Politik und Planung bei der ver.di-Bundesverwaltung

Eurokrise zu sein. Aber die Anzeichen mehren sich, dass das dicke Ende bald kommt. Schon bricht der deutsche Export ins Euroland ein. Die Weltkonjunktur schwächelt. Vor dem Drama der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, von der inzwischen jeder vierte junge Mensch betroffen ist, kann niemand mehr die Augen schließen. Immer mehr Menschen fragen sich, ob die harte Kürzungspolitik in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland die Krise verschärft, statt sie zu lösen.

Kein „weiter so“ in die Krise hinein

Manche denken, ohne den Euro wären wir sicherer. Weit gefehlt. Es gibt in Europa keinen Gegensatz zwischen Menschen in Deutschland, Frankreich, Spanien, Griechenland, Italien usw. Es gibt nur immer schärfere Gegensätze zwischen denen, die die Krise verursacht haben und davon profitieren,

soziales und ein demokratisches Europa und kein „weiter so in die Krise hinein“.

Allgemeiner Mindestlohn

Dass es auch in Deutschland nicht so weitergehen kann, dafür treten drei Viertel aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ein, die sich für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen. Selbst 57 % der von Forsa befragten Manager halten einen Mindestlohn von mehr als 8,50 Euro für gerechtfertigt.

Die Forderung von Union und FDP, eine „Lohnuntergrenze in tariffreien Zonen“ zuzulassen, ist ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Denn was ist unten? 4 Euro in Sachsen, 6 Euro in Bremen oder 10 Euro in München? Und wie viele Tarifverträge müssten denn abgeschlossen werden, um alle Lücken zu schließen? Und wer kann dieses Wirrwarr wirksam kontrollieren?

Sichere Arbeit

Neue Mehrheiten bilden sich auch, wenn es um sichere Arbeit geht. Vom Praktikum in die Befristung und dann auf Jahre hinaus nur eine Befristung nach der anderen - das kann doch nicht der Weg in den Beruf für Millionen junger Menschen sein. Wie sollen sie ihr Leben planen, Erfahrungen in ihrem Beruf erwerben? Die sachgrundlose Befristung muss aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen, die Sachgründe überprüft werden. Aufgelöst werden muss die Teilzeitfalle, in die vor allem Frauen geraten sind. Das Recht auf Teilzeit muss durch das Recht auf die Rückkehr zur Vollzeit ergänzt werden. Leiharbeit braucht Equal Pay und die Begrenzung der Höchstüberlassung. Werkverträge müssen strikt begrenzt, Missbrauch beseitigt werden. Umgewandelt werden müssen die Minijobs in sozial gesicherte Teilzeit.

Die Arbeitgeberverbände behaupten, flexible und unsichere Arbeit sei von den Menschen gewollt. Sie sollten sich besser in den Betrieben und Verwaltungen auskennen.

Wie eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt aussehen soll, darum drückt sich die Union und bleibt lieber wolkig, während SPD, Grüne und Linke die Gewerkschaftsforderungen weitgehend in ihre Programme aufgenommen haben.

Schuldenbremse wäre nicht nötig

Aber an einer Stelle bleibt die Schwarz-Gelbe Koalition knallhart. Umverteilt wird nicht! Dass die Kommunen immer weiter kürzen, dass die Bürgerinnen und Bürger auf immer mehr öffentliche Dienstleistungen verzichten müssen, dass inzwischen ein gigantischer Investitionsstau in Krankenhäusern, Schulen, Hochschulen, Verkehrswegen, in Kultur- und Freizeiteinrichtungen droht - das kümmert die Regierungsparteien nicht. Ihre Helfershelfer lügen und

betrügen: Über 300.000 Arbeitsplätze würden die Steuerpläne von Rot-Grün kosten, hat das Institut der deutschen Wirtschaft ausgerechnet. Steuererhöhungen träfen vor allem die kleinen Leute, behaupten die Verteidiger der Reichen und Superreichen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Bielefelder Sozialhistoriker Hans Ulrich Wehler hat ausgerechnet, dass von 2000 bis 2020 allein über 4 Billionen Euro in Deutschland vererbt werden. Gäbe es eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent wie in anderen europäischen Ländern - so Wehler - dann hätten allein die Länder, denen diese Steuer zusteht, 2 Billionen Euro Steuereinnahmen. Deutschland bräuchte keine Schuldenbremse, es gäbe Geld genug für Bildung, Soziales, Gesundheit, Stadtentwicklung, bezahlbaren Wohnraum und vor allem für die Menschen, die die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich erbringen. Was die Gewerkschaften und die Oppositionsparteien fordern, kann angesichts des immensen Reichtums in diesem Lande nur der Anfang des Umverteilens von oben nach unten sein.

Es geht um mehr Gerechtigkeit

Die veröffentlichte Meinung, die ja meistens die Meinung der tonangebenden Verleger und Chefredaktionen darstellt, inszeniert den Wahlkampf als Schaukampf zwischen der schwäbischen Hausfrau und dem trottelligen Peer, der immer über die eigenen Füße stolpert. Aber hinter den Kulissen tobt eine knallharte politische Auseinandersetzung zwischen denen, die noch unsicherere Arbeitsverhältnisse, noch mehr Hungerlöhne, einen noch ärmeren Staat und die Spaltung Europas in Kauf nehmen, um ihre Macht und ihren Reichtum zu verteidigen und denen, die gute und sichere Arbeit, Steuergerechtigkeit und einen handlungsfähigen Sozialstaat wollen.

Ich empfehle: sich informie-

Für ein gerechtes Bremen ...

... statt Schuldenbremse und Sozialabbau!

ren, sich einmischen, die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zur Rede stellen. Und dann vor allem: Wählen gehen! Eines ist sicher: Danach geht die Auseinandersetzung um gute Arbeit und Umverteilen erst richtig los.

Genug ausgequetscht? Das ist der Zustand, den viele Kolleginnen und Kollegen so empfinden. Immer mehr Aufgaben und Anforderungen bei immer weniger werdendem Personal. Aber der Druck auf das Personal wird nirgends von alleine stoppen, so lange Rot-Grün die geplante Kürzungspolitik fortsetzt. Nur durch eine andere Steuerpolitik lassen sich die Haushaltsprobleme Bremens lösen.

Während Bremen unter der Umsetzung der Schuldenbremse ächzt, wächst auf der anderen Seite der private Reichtum im Land Bremen. Die Schere zwischen Reich und Arm klafft immer weiter auseinander. In Bremen hat sich die Zahl der Einkommensmillionäre von 2004 bis 2007 auf mehr als 1400 verdoppelt. Gleichzeitig sind die Einnahmen der öffentlichen Hand seit 1994 um 22 % gesunken.

In den letzten 20 Jahren wurde jede dritte Stelle im Kernbereich des öffentlichen Dienstes gestrichen. Weitere Kürzungen sind vorgesehen. Gleichzeitig steigen die Aufgaben und Anforderungen beständig. Die Beschäftigten müssen diesen Widerspruch Tag für Tag ausgleichen. Die Arbeitsverdichtung und die damit einhergehenden psychischen Belastungen machen häufig krank. Für viele gehören Überstunden zum Alltag. Gute Arbeitsbedingungen sehen anders aus.

Deshalb wollen wir uns gemeinsam wehren - für ein gerechtes Bremen.

Unterschreibt die Forderungen an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft

- ◇ gegen weiteren Personalabbau,
- ◇ für zusätzliche Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahmen,
- ◇ für eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten,
- ◇ für fest eingestelltes Personal.

Unterschriftenlisten erhaltet ihr bei euren Interessenvertretungen und bei ver.di.

Am 25. September wird der Haushaltsentwurf 2014/2015 in erster Lesung in der Bürgerschaft beraten. Dann werden die Unterschriftenlisten an die Abgeordneten übergeben. Beteiligt euch an der gemeinsamen



Ingo Tebje
Gewerkschaftssekretär
ver.di-Bezirk
Bremen-Nordniedersachsen

Protestkundgebung am 25. September um 14.00 Uhr auf dem Bremer Marktplatz.

Je besser wir organisiert sind und je mehr sich beteiligen, desto bessere Arbeitsbedingungen können wir durchsetzen. Also mitmachen und Gewerkschaftsmitglied werden.



Betriebsgruppen des
öffentlichen Dienstes



Vertreterpool jetzt!

KollegInnen der Werkstatt Bremen übergeben 500 Unterschriften

Unter dem Motto „Vertreterpool jetzt!“ machen sich die Kolleginnen und Kollegen der Werkstatt Bremen (Martinshof) auf Initiative ihrer ver.di-Betriebsgruppe stark für eine verbesserte Arbeitssituation. Damit soll gleichzeitig eine bessere Betreuung der behinderten Menschen gesichert werden. Auf einer Personalversammlung im März hatten die Beschäftigten einstimmig die Forderung nach einem Vertreterpool aufgestellt. Gleichzeitig verlangten sie, dass zukünftig auf fest eingestelltes Personal anstatt auf Leiharbeitskräfte gesetzt wird.

Seit März macht die ver.di-Betriebsgruppe durch verschiedene kreative Aktivitäten auf ihr Anliegen nach einem Vertreterpool aufmerksam. Unter anderem wurden über 500 Unterschriften gesammelt, die von Sozialsenatorin Stahmann umgehende Verbesserungen fordern.

Gleichzeitig wurde gegenüber den Mitgliedern des Betriebsausschusses mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass eine grundlegend verbesserte Vertretungsregelung nötig ist, um eine gute Förderung der Menschen mit Behinderung zu gewährleisten. Staatsrat Frehe äußerte Verständnis für die Forderungen: „Wir haben alle Interesse daran, dass sich die Werkstatt Bremen weiterentwickelt und gute Leute mit Fachkenntnissen zur Verfügung stehen“, betonte der Staatsrat.

Jörn Kropbach, Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe, erläuterte die Probleme: „Bei den derzeitigen Vertretungsregelungen wird auf Fachlichkeit keine Rücksicht genommen. So kann die fachgerechte Förderung der Menschen mit Behinderung nicht genügend stattfinden“, betonte Jörn Kropbach, der selbst Gruppenleiter ist. „Die jetzige Vertretungsregelung funktioniert so, als wenn

eine Lehrerin zwei Klassen gleichzeitig unterrichtet. Dass dabei die Qualität verloren geht, leuchtet wohl ein! In einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung ist das nicht anders“. Kropbach machte außerdem darauf aufmerksam, dass durch die Einrichtung eines Vertretungspools für Abbau von prekären Leiharbeitsverhältnissen und sichere Arbeitsbedingungen gesorgt wird.

Staatsrat Frehe erklärte sich bereit, von der Geschäftsführung Vorschläge für eine Verbesserung der Vertretungssituation einzufordern. Zusätzlich bot er an, die Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeitern des Martinshofs nach den Sommerferien fortzuführen, um schnellstmöglich eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die ver.di-Betriebsgruppe steht diesen Vorschlägengeschlossen gegenüber und setzt gleichzeitig ihre kreativen Aktionen fort.



Saskia Coenraats



Foto: Personalrat Werkstatt Bremen

Aufgetürmt waren Pakete, die die vielfältigen Aufgaben der Werkstatt Bremen symbolisierten. Die Betriebsausschussmitglieder mussten sich einen Weg hindurch bahnen zu ihrer Sitzung.



Foto: Personalrat Werkstatt Bremen

Betriebsgruppensprecher Jörn Kropbach überreicht die Unterschriften Staatsrat Horst Frehe

Diese Unterschriften wurden nun in Form eines überdimensionalen Schecks der Senatorin Anja Stahmann und dem Staatsrat Horst Frehe vor der Sitzung des Betriebsausschusses am 27. Juni übergeben.

„Manipulative Meinungen“? (MUMM zu einer Umfrage-Rückmeldung)

„Störend sind die oft vorgefertigten/manipulativen Meinungen.“

Dazu die Redaktion:

„Manipulativ“ ist ein harter Vorwurf. Wenn aber damit gemeint ist, dass in der MUMM zielgerichtete Artikel erscheinen, die „parteilich und einseitig“ die Interessen der Beschäftigten vertreten und die Leserinnen und Leser von der Notwendigkeit des Einsatzes für die eigenen Interessen überzeugen sollen, dann allerdings ist der „Vorwurf“ richtig.

Jedoch ist der zielgerichtete Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen für uns kein Vorwurf, sondern ein Kompliment!

Und „stören“ wollen wir auch, und zwar unseren Arbeitgeber, wenn er versucht, unsere Ar-

beitsbedingungen und unsere Bezahlung zu verschlechtern.

Dafür wurden wir Personalräte von den Kolleginnen und Kollegen gewählt, das ist unsere Aufgabe. Auch in und mit der MUMM.

MUMM-Redaktion

Neues Finanzamt Bremen

Noch keine Spur von Entlastung

Zum Stichtag 1. Februar 2013 wurde aus den „Resten“ der Finanzämter Bremen-West und Bremen-Ost sowie Teilen des Finanzamts Bremen-Mitte das neue „Finanzamt Bremen“ gegründet. Alle SteuerbürgerInnen, die zuvor bei diesen Finanzämtern veranlagt wurden, sind nun Kraft Gesetzes Kunden der neuen Behörde geworden.

Das neue Amt ist für die Einkommensteuerveranlagung sowohl bei den Gewinneinkünften (i. d. R. Gewerbetreibende und Freiberufler) als auch bei den Überschusseinkünften (meist Arbeitnehmer, Vermieter u.a.) zuständig. Hinzu kommen die sog. Einheitlichen Feststellungen (aus Gemeinschaften und Personengesellschaften) und die Veranlagung der Kapitalgesellschaften und Vereine.

Mit der Gründung des Finanzamts Bremen ist der Senat seinem Ziel, die bremische Finanzverwaltung zu restrukturieren und damit Kosten zu sparen, einen großen Schritt näher gekommen. Während bei der Neugründung des Finanzamts für Außenprüfung im Jahr 2011 „nur“ die Außendienste aller bremischen Finanzämter in diesem Amt zusammengefasst wurden, wurde jetzt die Anzahl der Finanzämter tatsächlich verringert. Die für 2014 vorgesehene Fusion der Finanzämter Bremen-Mitte und Bremen-Nord wird ein weiteres Finanzamt einsparen. Damit hat dann der Senat die Gesamtzahl der Finanzämter im Lande Bremen um ein Drittel reduziert.

Die neuen Strukturen folgen fast zwangsläufig der seit Jahren sich mindernden Zahl der Bearbeiterinnen und Bearbeiter in den Finanzämtern. Leider ist das Steuerrecht aber nicht im gleichen Maße vereinfacht worden; im Gegenteil: Es wurde regelmäßig weiter verkompliziert, und vielfältige Aufgaben kamen

ohne Personalausgleich noch hinzu. Die Beschäftigten im neuen Finanzamt Bremen, aber auch in den anderen bremischen Finanzämtern, leiden massiv unter der Verdichtung ihres Aufgabengebietes. Politik sieht dabei gern die EDV als entlastende Komponente, doch die Wirklichkeit ist anders: Die Konzentration auf die rechnergestützte Veranlagung, zum großen Teil bereits völlig aktenlos, führt zu Mehrarbeiten, die es ohne neue Technik nicht gegeben hätte. Von „Entlastung“ kann da keine Rede sein. Hinzu kommt, dass im neuen Finanzamt Bremen fast ausnahmslos neue Teams gebildet wurden, die sich - sachlich und persönlich - erst finden müssen. Reibungsverluste sind unausweichlich, deshalb wird es noch eine ganze Weile dauern, bis sich die Vorteile dieser Umstrukturierung tatsächlich auswirken, sowohl beim Steuer-

bürger als auch beim Personal der Steuerverwaltung.

Winfried Noske
Personalratsvorsitzender im Finanzamt Bremen und Mitglied im Gesamtpersonalrat, Vorsitzender der deutschen Steuergewerkschaft Bremen



Winfried Noske
Personalratsvorsitzender im Finanzamt Bremen und Mitglied im Gesamtpersonalrat, Vorsitzender der deutschen Steuergewerkschaft Bremen

Steuergerechtigkeit durchsetzbar?

Stellensituation im Steuerbereich vor der Bundestagswahl

Aus dem im Grundgesetz verbriefenen Gleichheitsgrundsatz lässt sich eine Steuergerechtigkeit für alle ableiten. Man kann das aber aus verschiedenen Sichtweisen betrachten.

Die Väter der Einkommensbesteuerung hatten bei ihrer Abfassung des Gesetzes zum Beispiel die Intention gehabt, dass der, der mehr hat, auch mehr an die Allgemeinheit bezahlen soll (Progression). Auch Veränderungen in der Besteuerung wurden in Gestalt von Steuerrechtlinien und Steuererlassen den jeweiligen Lebensverhältnissen angepasst. Ein jeder älterer Steuerbürger wird sich an seine Lohnsteuerjahresausgleiche erinnern, wo bei der Ermittlung der Werbungskosten die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte noch mit 0,36 DM pro Kilometer (ein Weg) abgerechnet worden waren und das über mehrere Jahrzehnte. Diese langjährige Rechtssicherheit

ist genauso nicht mehr da, wie sich das Rad des Lebens nach Ansicht des Verfassers dieses Artikels immer schneller dreht. Viele Steuerparagrafen haben Buchstaben zur Seite gestellt bekommen, bestimmt nicht zur Erleichterung der Steuerfestsetzungen. 99 Paragrafen ohne Buchstaben sind es schon so geworden. Dazu die Rechtsprechung und nicht zu vergessen die vorgesetzten Dienstbehörden, die mit Erlassen und Verfügungen zur Steuergerechtigkeit beitragen.

Jede/r dafür zuständige Kollegin und Kollege gibt ihr/sein Bestes. Aus ihrem/seinem Blickwinkel. Und damit Synergieeffekte eintreten, hat man aus zwei Veranlagungsfinanzämtern eins gemacht. Also hat auch der Politiker etwas für die Steuergerechtigkeit getan. Kann doch jetzt der Oberneulander Steuerbürger (ehemals FA West) nicht mehr behaupten, in Hastedt

(früher FA Ost) wird günstiger veranlagt (oder umgekehrt) als in oder für seinen Ortsteil. Jeder hat sein Bestes gegeben.

Wenn da nur nicht noch ein paar andere Rechtsnormen zu beachten wären: UStG, UStDV, BewG, GRStG; GrEStG, BewR, GewStG, GewSTR, KStG, KStR, UmwStG, Bundeskindergeldgesetz, InvZuLg, AO, ErbStG, LoStDV, LoStR, KraftStG, Rennwett- und Lotteriegesez usw. (Liste beliebig verlängerbar).

So, wie die Gesetzesnormen immer mehr werden, sind die Stellen derer, die sie durchsetzen sollen, kontinuierlich abgebaut worden.

Und noch etwas ist daneben gegangen, nämlich in dem Moment, wo es darum geht, die Anerkennung in Euro und Cent auf die geleistete Arbeit folgen zu lassen. Wir folgen den Worten des Bürgermeisters, dass Geld nicht alles ausmacht, aber nicht auf Dauer. Wir hören auch

nicht bei Dreiviertel der Erstellung eines Steuerbescheids auf, obwohl durch den kontinuierlichen Abbau des Personals die auf den einzelnen abgewälzte Bewältigung der Aufgaben das begründen könnte. Zusammenführung von Tarif mit Beamtenbesoldung, sowohl zeit- als auch inhaltsgleich, dann hätte auch der Senat sein Bestes gegeben.



Jürgen Schröder
Mitglied im Gesamtpersonalrat, Vorsitzender des dbb tarifunion Bremen



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Immer Theater im Bremer Theater

420 Beschäftigte aus über 20 Nationen präsentieren Kunst

„Theatermachen ist ein Mannschaftssport. Ein Theaterstück entsteht erst im Zusammenspiel aller Abteilungen. Meine Kolleginnen und Kollegen identifizieren sich mit „ihrem“ Theater“, schwärmt Dieter Leinfelder, Betriebsrat des Bremer Theaters. „Zu Gute kommt ihnen hierbei ein ungeheurer Wissenspool, der sich aus den Fähigkeiten jedes/r Einzelnen speist. Das Ganze ist somit mehr als die Summe seiner Einzelteile.“



Dirk Bauer und Dieter Leinfelder vom Betriebsrat geben einen Einblick in das Leben im Bremer Theater (© Foto: Jörg Landsberg, Theater Bremen)

Die Inhalte der gebotenen Aufführungen spiegeln oft die gerade in der Öffentlichkeit diskutierten Themen wider. In den letzten Spielzeiten waren das Geld und Arbeit. Die Theaterstücke behandeln die Arbeits- und Lebensbedingungen in der heutigen Gesellschaft, geprägt von Leistungsdruck, Werteverlust, prekären Arbeitsverhältnissen und Rücksichtslosigkeit.

Mit 400 Beschäftigten ist das Theater Bremen als 4-Sparten-Theater eines der kleineren Häuser in Deutschland. In ca. 800 Vorstellungen pro Jahr wird dem Zuschauer ein breites Spektrum an Kunst geboten - von Oper über Schauspiel bis hin zu Kindertheater.

„Die Finanzierung des Theaters ist geprägt von Einsparungen und Personalabbau. Wie im gesamten öffentlichen Sektor erfahren unsere Kolleginnen und Kollegen die Auswirkungen

der Schuldenbremse“, erläutert Dirk Bauer, Betriebsratsvorsitzender. „Dies führt in einigen Arbeitsbereichen die Menschen an die Grenzen der Belastbarkeit. Während der Konsolidierungsphase in den Jahren 2006-2013 wurde von der Belegschaft zudem ein erheblicher monetärer Beitrag durch den Verzicht auf Einkommensbestandteile geleistet. Das war eine sehr schwere Zeit für uns Kollegen.“

Hinter der Bühne

Im Schnitt besuchen ca. 156.000 Menschen die angebotenen Vorstellungen. Dazu bieten das Theater am Goetheplatz 802 Plätze, das Kleine Haus 199 Plätze, das MOKS 99 und der Brauhauskeller 64 Plätze.

Auf sechs Probebühnen werden die Premieren vorbereitet. Daran arbeiten in einem Schichtbetrieb täglich 420 feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus über 20 Nationen. Hinzu kommen je nach Bedarf Gäste im künstlerischen Bereich sowie PraktikantInnen und HospitantInnen.

Die musikalischen Aufführungen werden von den Bremer Philharmonikern begleitet. Das Theater ist ein Manufakturbetrieb. Jede Produktion ist ein Unikat. Fast alles wird selbst hergestellt. Daraus erklärt sich die Vielzahl der beteiligten Berufe - es sind 42!

Das Theater bildet z. Zt. 29 junge Menschen in verschiedenen Handwerks- und kaufmännischen Berufen aus. Geleitet wird das Theater derzeit von dem Generalintendanten Michael Börgerding und dem kaufmännischen Direktor Michael Helmbold.

Im Fundus der Kostümabteilung lagern ca. 50.000 Kostüme, 2.000 Perücken und ca. 9.000 Paar Schuhe.

Der Bühnenturm hebt sich 27 Meter in die Höhe. Sechs Hubpodien und eine fahrbare Drehscheibe sowie 55 maschinen- oder handbetriebene Züge ermöglichen schnelle Verwandlungen der Bühnenbilder.



Karsten Küsters, Nadja Stefanoff, Luis Olivares Sandoval in einer Szene der Oper Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny im Theater am Goetheplatz (©Foto: Jörg Landsberg, Theater Bremen)

Das Theater ist ein kompletter Betrieb mit etlichen Gewerken und Werkstätten. Hier wird noch alles, was möglich ist, in Eigenproduktion hergestellt, um es anschließend auf der Bühne „präsentieren“ zu können und dem Zuschauer ein tolles Bühnenbild bieten zu können.



Nicoletta Witt

sprach mit
Dirk Bauer, Vorsitzender Betriebsrat Theater Bremen
und
Dieter Leinfelder, stellv. Vorsitzender Betriebsrat Theater Bremen

Zur Geschichte

Im Jahre 1792 wurde mit der Fertigstellung des ersten Bremer Theaters am Wall der Grundstein für eine lange und erfolgreiche Theatergeschichte gelegt. In den nun mehr als 200 Jahren seines Bestehens veränderte sich das Theater innerlich wie äußerlich: 1843 wurde der alte Bau abgerissen und an seine Stelle ein neues Opernhaus gesetzt. 1856 wurde das in Konkurs gegangene Theater in städtisches Eigentum überführt. Wo heute das Theater am Goetheplatz steht, errichtete man 1913 ein neues Schauspielhaus. Beide Häuser wurden 1944 fast völlig zerstört. 1950 eröffnete das Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH an heutiger Stelle. 1984 kam das Schauspielhaus hinzu und 1986 als vierte Sparte neben Oper, Schauspiel und Tanz das Kinder- und Jugendtheater MOKS, seit 2012 mit den Jungen Akteuren. In der Spielzeit 2004/05 wurden in 1½-jähriger Bauzeit der Zuschauerraum und die Foyers neu gestaltet.

Was macht eigentlich ...?

Integrationsbeauftragter bei der Polizei Thomas Müller

Zwei Familien haben Streit. Die Kinder Yasemin und Osman sollen heiraten, sie sind sich schon lange versprochen worden. Yasemin möchte aber Osman nicht heiraten und auch wenn Osman es nicht ganz klar ausdrückt, auch er hat andere Pläne für die Zukunft. Osmans Familie sieht die Familienehre verletzt und fordert jetzt eine finanzielle Entschädigung zum Ausgleich.

Yasemin fürchtet, dass der Streit eskaliert. Sie wendet sich hilfeschend an die Polizei.

MUMM: Thomas, wie kannst du als Integrationsbeauftragter der Polizei den Familien helfen?

Thomas Müller: Der Kollege von der Wache ruft mich an und macht mich auf den Fall auf-

mengearbeitet habe, und dem KOP besuche ich beide Familien. Gemeinsam klären wir sie über das geltende Recht und die Glaubenslehre auf. Die Mütter sind schnell überzeugt. Auch die Väter geben ihren Widerstand nach und nach auf.

MUMM: Diese Arbeit unterscheidet sich von der Polizeiarbeit wie ich sie bisher wahrgenommen habe. Warum hat die Polizei die Stelle für einen Integrationsbeauftragten geschaffen?

Thomas Müller: Anlass war der 11. September 2001, die Anschläge auf das World Trade Center in New York. Um Kontakt zu der islamischen Bevölkerung aufzubauen, hat Bremen, wie auch die anderen Bundesländer, einen Integrationsbeauftragten benannt. Die Situation war damals von gegenseitiger Unkenntnis geprägt. Die Integrationsbeauftragten mussten neue Kontakte knüpfen und Vertrauen auf beiden Seiten aufbauen.

MUMM: Und warum bist du Integrationsbeauftragter geworden?

Thomas Müller: In meiner Masterarbeit über junge Intensivtäter bin ich darauf gestoßen, dass viele junge Täter Migrationshintergrund haben. Ich habe mich gefragt: Warum ist das so, was sind die Hintergründe? Als 2010 die Stelle zur Wiederbesetzung ausgeschrieben war, habe ich mich sofort beworben.

Mit dem Wort Migrationshintergrund habe ich übrigens so meine Schwierigkeiten. Für mich sind das Deutsche mit fremden Wurzeln. Ich merke, dass sich diese Sicht bei der Polizei und in der Bevölkerung immer mehr durchsetzt.

MUMM: Wie sieht ein typischer

Arbeitstag des Thomas Müller aus?

Thomas Müller: Morgens nehme ich an der Lagebesprechung der Polizei Bremen teil. Es ist gut, dass ich im Stab angegliedert bin. So bekomme ich gleich ein Gefühl dafür, was in der Stadt los ist.

Anschließend sichte ich die Polizeiberichte und suche mir die Fälle heraus, bei denen ich unterstützen kann, wenn ich nicht schon direkt angefordert worden bin.

Danach ist eigentlich jeder Tag anders.

Aktuell berate ich die Polizeiinspektion bei der Einrichtung eines Flüchtlingsheimes in Bremen-Nord. Außerdem schule ich als interkultureller Trainer Kolleginnen und Kollegen der Polizei und aus anderen Ressorts. Besonders wichtig ist für mich die Zusammenarbeit mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen. Wir arbeiten an den gleichen Problemen. Da ist es wichtig, dass wir uns verstehen und verständigen.

Ich beobachte die aktuellen Entwicklungen in Bremen. Aus welchen Ländern kommen die Menschen hierher? Wie kann ich Kontakte zu ihnen und ihren Organisationen aufbauen? Aufgrund des Syrienkonfliktes haben wir neuerdings syrische Christen als Flüchtlinge in Bremen. Da gibt es einen Bischoff in Delmenhorst mit dem ich, wenn es erforderlich ist, zusammenarbeite.

MUMM: Das hört sich nicht wie ein Achtstundentag an. Wie ist das mit deiner Arbeitszeit?

Thomas Müller: Die muss ich immer ein bisschen an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen. Wenn ich, wie zurzeit im Ramadan, abends nach Sonnenuntergang zum Iftar-Essen** in die moslemischen Gemeinden eingeladen bin, wird es auch schon mal 11 Uhr nachts. Dafür fange ich dann am nächsten Tag später an.

MUMM: Trägst du eigentlich immer Uniform?

Thomas Müller: Auch das passe ich an die Gegebenheiten an.

Wenn ich das erste Mal zu einer afrikanischen Gruppe gehe, trage ich zivil. Die Menschen haben ein großes Misstrauen gegen Polizei in Uniform. In ihren Herkunftsländern haben sie Polizei oft als korrupt und gewalttätig erlebt. Da muss ich als „Mensch“ erstmal Vertrauen schaffen. Zum Iftar-Fest ziehe ich immer die Uniform an. Sie wird von den dortigen Würdenträgern als Ehrerbietung angesehen.

MUMM: Danke, dass du uns Einblick in deine Arbeit bei der Bremer Polizei gewährt hast.

Das Interview mit Thomas Müller führte



Karen Vogel-Krawczyk



Foto: Thomas Müller

Integrationsbeauftragter aus Überzeugung: Thomas Müller bei einer Ausstellung während der Integrationstage im DGB-Haus

merklich. Ich vermute anhand der Namen, dass es sich um islamische Familien handelt. Der Kontaktbereichsbeamte (KOP), den ich befrage, bestätigt das.

Ich weiß, dass Zwangsehen nach der islamischen Religion nicht erlaubt sind. Mit einem Hodscha*, mit dem ich bereits in ähnlichen Situationen zusam-

* Islamischer Religionsgelehrter

** Fastenbrechen nach Sonnenuntergang während des Ramadan

Armut ist weiblich

Initiative für Entgeltgerechtigkeit will das ändern

In Deutschland verdienen Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit durchschnittlich 22 %, im Land Bremen sogar 24 % weniger als Männer. Darüber hinaus sind Frauen vor allem in Teilzeit oder auf Basis eines Minijobs beschäftigt.

„Wir wollen was ändern“

ten Bürgerantrag zur Befassung in die Bremische Bürgerschaft eingebracht werden, die dann dort beraten und entschieden werden.

Der Bürgerantrag fordert die Bremische Bürgerschaft auf, das Verbot der Diskriminierung beim Arbeitsentgelt für gleiche

Sie wird nicht nur von ver.di Bremen und der IG Metall Bremerhaven, sondern auch von Arbeit und Leben Bremerhaven, dem Bremer Jugendring sowie von verschiedenen Frauenorganisationen unterstützt. Um einen Bürgerantrag einreichen zu können, müssen 2 % der im

Die Initiative im Internet
<http://bremen.verdi.de/initiative-entgeltgerechtigkeit>

Initiative Ent**GELD**gerechtigkeit Gleicher Lohn für gleich**WERT**ige Arbeit!

- unter diesem Motto haben sich vier junge Gewerkschafterinnen zusammengetan. Sie wollen eine gesetzliche Initiative auf den Weg bringen, um mehr Entgeltgerechtigkeit in Bremen zu schaffen. Mit Unterstützung anderer Frauen haben sie einen Bürgerantrag erarbeitet. In Bremen können politische Initiativen durch einen sogenann-

ten Bürgerantrag zur Befassung in die Bremische Bürgerschaft eingebracht werden, die dann dort beraten und entschieden werden. So sollen die Lohnunterschiede von derzeit 24 % zwischen Frauen und Männern langfristig abgebaut werden.

Die Initiative „Entgeltgerechtigkeit“ hat sich mittlerweile zu einem gewerkschaftsübergreifenden Projekt entwickelt:

Land Bremen gemeldeten Bürgerinnen und Bürger ihre Unterschrift leisten. Daher ruft die Initiative alle Bürgerinnen und Bürger auf, sie mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Liste sind beim Gesamtpersonalrat, den Frauenbeauftragten und Personalräten erhältlich. Ich freue mich, wenn ihr mitmacht.



Saskia Coenraats

Tschüß Bernd!

Auch im Gesamtpersonalrat vollzieht sich der demografische Wandel. Unser Kollege Bernd Krause hat die Ruhephase der Altersteilzeit angetreten. Parallel zu seinem Beruf Vermessungstechniker bei Geo-Information Bremen ist er seit April 2004 für die Arbeit im Gesamtpersonalrat zunächst halb und seit dem 1. Mai 2009 voll freigestellt worden. Bernd hat unsere Arbeit stark beeinflusst. Das gewerkschaftliche Grundverständnis von Gerechtigkeit und Solidarität lebt er allen vor. Die großen Sorgen, wie auch die kleinen Probleme der Kolleginnen und Kollegen berühren ihn sehr. Durch seine interessierte, humorvolle Art und die große Spontaneität ist es ihm leicht gelungen, die Sympathien aller Menschen zu erlangen. Diese Talente hat er für seine

Mitarbeit in der Redaktion der MUMM gewinnbringend eingesetzt. Viele gelungene Artikel und kreative Titelblätter verdanken wir ihm.

Wir wünschen Bernd für seine „Nichtrente“ alles Gute. Sehen werden wir uns sicherlich auf einer der nächsten gewerkschaftlichen Protestveranstaltungen.



Hallo Ivonne!

Ivonne Weinhold ist seit dem 1. August 2013 freigestelltes Mitglied beim Gesamtpersonalrat. Beim Landesinstitut für Schule engagiert sie sich erfolgreich für die Interessen schwerbehinderter Menschen als Vertrauensfrau der Schwerbehinderten. Auch in der Gesamtschwerbehindertenvertretung ist Ivonne aktiv. Im Gesamtpersonalrat wird Ivonne für das nichtunterrichtende Personal im Ressort Bildung und Wissenschaft zuständig sein. Ihre Themenschwerpunkte werden im Bereich der Ausbildung und im Betrieblichen Eingliederungsmanagement liegen.



Urlaub kommt nicht von allein ...

Mehr Urlaub nur durch Tarifvertrag

Viele Kolleginnen werden ihren Sommerurlaub gerade hinter sich und hoffentlich auch in guter Erinnerung haben. Andere freuen sich schon auf ihren baldigen Urlaub. Das ist gut so, aber nicht selbstverständlich!

Der gesetzlich festgelegte Mindesturlaub beträgt nämlich nur vier Wochen (20 Arbeitstage bei einer 5-Tage-Woche). Rund sechs Wochen Urlaub wie im öffentlichen Dienst gibt es längst nicht überall. Dass wir im öffentlichen Dienst deutlich mehr Urlaub haben, haben die Gewerkschaften in den Tarifverträgen TV-L und TVöD durchgesetzt. Entsprechende Regelungen gibt es auch in anderen Tarifverträgen, je nach dem wie stark die Beschäftigten des jeweiligen Bereiches/Betriebes in der Gewerkschaft organisiert sind. Grundsätzlich gilt: Je stärker die Gewerkschaft, desto mehr Urlaub über dem gesetzlichen Mindestanspruch haben die Beschäftigten. In tariflosen Bereichen ohne starke Gewerkschaft erhalten die Beschäftigten daher oft nur den gesetzlich vorgeschriebenen Mindesturlaub von vier Wochen.

Gesicherten Urlaub für Beschäftigte gibt es noch gar nicht so lange. Er musste von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften hart erkämpft und durchgesetzt werden (siehe Kasten „Zeitreise“). Außerdem wird der aktuelle Urlaubsan-

spruch von Arbeitgebern immer mal wieder in Frage gestellt - kürzlich auch im öffentlichen Dienst. Die Altersdiskriminierung beim Urlaub wurde gerichtlich verboten. Daraufhin wollten die Arbeitgeber den Urlaub drastisch verkürzen. Dies konnten die Gewerkschaften aber erfolgreich abwehren.

Wichtig: Nur Gewerkschaftsmitglieder haben einen einklagbaren Anspruch auf den tariflichen Urlaub. Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern könnte der tarifliche Urlaubsanspruch verweigert werden.

Urlaub - für viele die schönste und „kostbarste“ Zeit des Jahres - gibt es nicht geschenkt. Dafür kämpfen die Gewerkschaften und haben immer wieder höhere tarifliche Ansprüche erreicht (und damit auch den Gesetzgeber dazu gebracht, den gesetzlichen Mindesturlaub zu erhöhen).

Mehr Urlaub gibt es nur mit Tarifvertrag! Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften!



Hajo Kuckero



Foto: Brigitte Horn/Gestaltung: freeStyle grafik Hannover

Zeitreise

Mittelalter

Handwerksgesellen fordern den „Blauen Montag“ als freien Tag von ihren Meistern

Industrialisierung

Abschaffung von Feiertagen und freien Sonntagen, 16-Stunden-Tag, Kinderarbeit

Seit 1848

Gründung von Gewerkschaften

1895

24 Stunden Sonntagsruhe gesetzlich verordnet

1903

Erste tarifvertragliche Urlaubsregelung des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter (für Thüringen und Stuttgart): 3(!) freie Tage im Jahr

1929

8.000 Tarifverträge über bezahlten Erholungsurlaub (meist wenige Tage)

Ab 1945

2 Wochen Mindesturlaub in den Verfassungen der meisten westdeutschen Länder

1951

12 Tage (2 Wochen) Grundurlaub ab 18 Jahren in der DDR

Erst 1963

Einheitliches Bundesurlaubsgesetz mit 18 Werktagen (3 Wochen) Jahresurlaub

1975

Die Gewerkschaften haben für fast die Hälfte der ArbeitnehmerInnen 4 Wochen Tarifurlaub erreicht

1978/79

Erstmals 6 Wochen Tarifurlaub (in der Stahlindustrie)

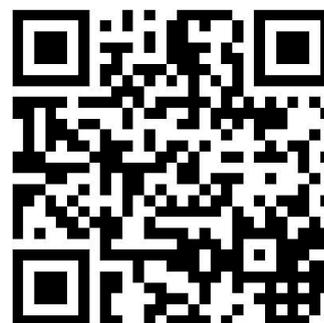
1995

Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubs auf 4 Wochen (24 Werktag)

2013

Tariflicher Urlaub im öffentlichen Dienst 29/30 Tage (bei einer 5-Tage-Woche)

Was haben die Gewerkschaften je für uns getan?



youtube-Film
<http://www.youtube.com/watch?v=CmcwPERhZ6g>

Überirdisch, außerirdisch oder unterirdisch?

Philosophie zwischen Gott, Gewerkschaftsprotesten und CSU-Attacken

Als Autor dieser Kolumne hat man es auch nicht immer leicht. Ein einziger Satz, auf den ersten Blick ganz schlicht und nur beiläufig gesagt, doch bei genauerem Hinsehen tiefgründig und philosophisch: Das war es, was die Redaktion mir bedauernswertem Schreiberling diesmal als Thema für „Zu guter Letzt“ ans Herz gelegt hat: „Gerechtigkeit ist keine irdische Sache“ - so ließ sich unsere Finanzsenatorin im buten-unbinnen-Interview vernehmen. Lustig ist das leider nicht, eher besorgniserregend.

Müssen wir uns jetzt schon amtlich aufs Jenseits vertrösten lassen? Hat gar die Schuldenbremse jetzt einen Gottesstatus erlangt? Dann werde ich aber auf meine alten Tage noch Katholik und setze mich dafür ein, dass Bremen direkter vatikanischer Verwaltung unterstellt wird. Immerhin verweist Papst Franziskus nicht so dogmatisch aufs Jenseits, wenn es um Gerechtigkeit geht.

Vielleicht geht es aber auch nur um schnödes politisches Alltagsgeschäft, nämlich darum, missliebige Aktivitäten in ein schlechtes Licht zu rücken. ver.di kündigt eine Kampagne für ein gerechtes Bremen an. Also sind das jetzt alles Außerirdische? ver.di-Aliens über Bremen, mit selbst gebastelten Papp-Raumschiffen und bei KiTa Bremen-Kindern ausgeborgten Laserschwertern?

Wahrscheinlich ist es viel einfacher. Die Finanzsenatorin findet es einfach nicht gerecht, dass sie ständig und von allen attackiert wird. Auf der einen Seite von protestierenden Beschäftigten wegen ihrer rigorosen Kürzungspolitik. Und auf der anderen Seite von denen,

denen das alles immer noch nicht weit genug geht. So wie die unterirdischen Attacken von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, der die Empfängerländer des Länderfinanzausgleichs, also auch Bremen, für „Transferschmarotzer“ mit einer Neigung zur „griechischen Hängemattenpolitik“ hält. Dabei hat der Länderfinanzausgleich auch schon mal dem Bundesland Bayern aus der Patsche geholfen, als Bremen noch Geberland war.

Aber genug von diesen Spekulationen. Im Kern frage ich mich: Wofür macht man eigentlich Politik, wenn nicht, um die Gerechtigkeit - was auch immer jeder Einzelne darunter verstehen mag - voran zu bringen? Politik ohne Gerechtigkeit ist wie Segeln ohne Kompass - ein gefährliches Experiment.



Burkhard Winsemann

